

## Franziska Giffey (SPD) über Neuköllns Zigeuner

Nach gefühlt hunderten von Zeitungsartikeln, die uns alle sagen, daß es ab 2014 keine ungebremste Balkaneinwanderung in unsere Sozialsysteme geben werde, daß die hereindrängenden EU-Zigeuner aus Bulgarien und Rumänien überwiegend Ärzte und Ingenieure seien, die hier Steuern zahlen würden und unserem Staat nur Vorteile brachten, kommt ab und zu auch irgendwo versteckt in der permanent Unsinn daherlühenden Journaille ein Stück Wahrheit heraus. Die WELT hat die Bezirksstadträtin Franziska Giffey aus Neukölln interviewt:

**Die Welt:** Wie viele Rumänen und Bulgaren leben in Neukölln?

**Franziska Giffey:** Offiziell sind rund 26.000 Rumänen und Bulgaren in Berlin gemeldet, davon rund 5400 in Neukölln. Wir gehen davon aus, daß es in Wirklichkeit etwa doppelt so viele sind. Also etwa 10.000 Rumänen und Bulgaren bei 310.000 Einwohnern. Niemand weiß, wie viele von ihnen Roma sind. Geht man davon aus, was die Lehrer mir erzählen, würde ich schätzen: ein großer Teil.

**Die Welt:** Wie hat sich die Zuwanderung der Rumänen und Bulgaren in den vergangenen Jahren entwickelt?

**Giffey:** Die hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Wir haben derzeit 3500 bulgarische und rumänische Gewerbeanmeldungen in Neukölln. Bislang herrschte ja nur die eingeschränkte Freizügigkeit, das heißt: legal durften Bulgaren und Rumänen nur drei Monate hierbleiben mit Touristenstatus. Viele haben ein Gewerbe angemeldet, etwa als Entrümpler, Abschleppdienst oder Zettelverteiler, bekamen dann einen dauerhaften Aufenthaltsstatus und konnten beim Jobcenter die Aufstockung seines Einkommens beantragen. Auch auf Kindergeld besteht Anspruch. Das Kindergeld ist die Lebensgrundlage vieler Familien. In Rumänien und Bulgarien gibt es sieben bis zehn Euro Kindergeld, hier 184 Euro.

**Die Welt:** Kommen die Familien, um zu bleiben?

**Giffey:** Rumänien und Bulgarien sind 2007 der EU beigetreten, in den Jahren danach kamen viele

Wanderarbeiter. Seit 2010 veränderte sich die Motivation. Die meisten kamen nicht mehr für eine Saison, sondern auf der dauerhaften Suche nach einem besseren Leben.

**Die Welt:** Also trifft der Begriff Armutswanderung zu?

**Giffey:** Natürlich kommen die meisten Familien aus wirtschaftlichen Gründen. Wer könnte ihnen verdenken, daß sie sich und ihren Kindern ein besseres Leben ermöglichen wollen? Das ist doch sehr verständlich bei so einem massiven Wohlstandsgefälle. Ärzte und Lehrer verdienen in Rumänien 200 bis 300 Euro. Es kommen also auch viele qualifizierte Leute.

**Die Welt:** Wie machen sich rumänische und bulgarische Kinder in den Schulen?

**Giffey:** Wir haben seit 2010 rund 800 Kinder aus Osteuropa eingeschult, die allermeisten von ihnen ohne Deutschkenntnisse. Wir kommen an unsere Grenzen.

## Die Mannich-Mär wird weiter aufgewärmt

Und zwar von der Antifa und der oberösterreichischen Ausgabe der linkslinken Tageszeitung ÖSTERREICH.

Die Tatsachen: Vor fast fünf (!) Jahren wurde der Polizeichef von Passau, Alois Mannichl, von einem Unbekannten niedergestochen, vor seinem eigenen Haus. Er erlitt Verletzungen und war kurze Zeit später wieder im Dienst, angeblich aber versetzt. Fakt Ende.

Laut Mannichl hätte der Täter zu ihm gesagt „Du trampelst nicht mehr auf den Gräbern unserer Kameraden herum“. Und damit beginnt die Mär. Sonderkommissionen in Bayern und Österreich wurden eingesetzt, Phantombilder gezeichnet, Verhöre und Hausdurchsuchungen durchgeführt, jahrelang. Der Täter blieb unsichtbar. Nach einiger Zeit wurden selbst die Sokos aufgelöst, die Antifa aber spann die Mär weiter.

Und auch das linke ÖSTERREICH. Im Mai 2013 fand die Zeitung angeblich eine „Spur, die nach Oberösterreich“ führte. Seitdem gingen wieder viele Monate ins Land. Die Spur verschwand anscheinend wie bei Hänsel und Gretel. Nun hat der angebliche Spruch des angeblichen Täters einen Hintergrund. Der Polizeichef hatte tatsächlich den Ruf eines rabiatischen „Nazi-Jägers“. ÖSTERREICH erzählt, er wäre bei „einer Veranstaltung zum Gedenken an Kriegsoffer“ auf einen Grabstein gestiegen. Das ist natürlich wieder eine Erfindung. Fakt war: Mannichl ließ bei der Beerdigung eines volkstreu Mannes das zugeschaufelte Grab wieder öffnen, um nach einer angeblich mitbeerdigten Fahne zu suchen.

**Leserbrief aus dem „Reichenhaller Tagblatt“,  
zur Problematik „Zuwanderung ausländischer  
Fachkräfte“.**

**Wem nutzt die Einwanderung?**

Die Hartz-IV-Gesamtausgaben werden mit etwa 32 Milliarden Euro pro Jahr beziffert. Der Anteil der Hartz-IV-Bezieher an der in Deutschland lebenden Gesamtbevölkerung lag im vergangenen Jahr bei 75 Prozent. Dies bei der Bundestagswahl noch als Erfolg bei den Wählern zu verkaufen, ist Propaganda.

Trotzdem findet meiner Auffassung nach weiterhin eine Armutseinwanderung nach Deutschland und Mitteleuropa statt, wie es Deutschland bisher noch nicht gesehen hat. Natürlich ist es für Bulgaren oder Rumänen verlockend, in unser Sozial- und Arbeitssystem einzuwandern. Aber wem nützt das wirklich? Betrachten wir einmal rational das Argument, dass es für die deutsche Wirtschaft von Vorteil sei, Fachkräfte und Akademiker aus Spanien, Italien, Rumänien, Bulgarien oder dem Balkan bei uns aufzunehmen. Das ist eventuell tatsächlich ein Vorteil, aber es ist auch das Todesurteil für die genannten Staaten. Wer soll denn dort das Wirtschaftsleben, die Industrie und die Verwaltung auf europäisches Niveau heben? Der doofe Rest? Diesen ganzen Staaten in Südosteuropa soll es besser gehen, wenn deren ausgebildete Fachkräfte abwandern? Das gleiche gilt für Afrika und Asien.

Vielleicht sollten sich unsere Politiker, frei nach Bertolt Brecht, ein anderes Volk aussuchen, da meiner Ansicht nach Volkes Meinung zum Asylmissbrauch und zur unkontrollierten Einwanderung mit der Meinung der Politik wenig gemein hat.

Uwe von Faltin, Bad Reichenhall  
**„Reichenhaller Tagblatt“ – 11.01.2014**

**„Entartet“**

Wiederholt wird vorgehalten, man habe mit dem Begriff „entartet“ einen typischen Nazi-Begriff verwendet. Laut Wikipedia hat der jüdische Arzt und Schriftsteller Max Nordau (1849-1923) 1892 ein Werk „Entartung“ (2 Bände) geschrieben, in dem er den von Lombroso geprägten Begriff der Degeneration übernahm und auf zeitgenössische Künstler anwandte. 1894 schrieb Nordau das Buch „Entartung und Genie“. Max Nordau, als Simon Südfeld geboren, war Zionist und Mitstreiter von Theodor Herzl.

**Grüne Hochburgen bleiben von  
Asylanten verschont**

Eine rot-grün-schwarze Allianz gibt es offensichtlich bei der Verteilung von Asylanten in der Bundeshauptstadt Wien. Dies geht aus einer Anfragebeantwortung von Innenministerin Johanna Mikl-Leitner hervor. Ende Dezember 2013 waren 6.602 Personen in der sogenannten Grundversorgung. Diese Gesamtzahl

**Nur nicht nachfragen**

Rechtsanwälte sollten niemals einer Großmutter eine Frage stellen, wenn sie nicht auf ungewöhnliche Antworten vorbereitet sind.

In einem Gericht einer kleinen Stadt in den Südstaaten der USA rief der Anwalt des Klägers die erste Zeugin in den Zeugenstand. Eine ältere, großmütterliche Frau. Er ging auf sie zu und fragte sie: „Mrs. Jones, kennen Sie mich?“ Sie antwortete: „Ja, ich kenne Sie, Mr. Williams. Ich kenne Sie seit Sie ein kleiner Junge waren und offen gesagt, Sie haben mich sehr enttäuscht. Sie lügen, Sie betrügen ihre Frau, Sie manipulieren die Leute und reden schlecht über sie hinter deren Rücken. Sie glauben, Sie sind ein bedeutender Mann, dabei haben Sie gerade mal so viel Verstand, um ein paar Blatt Papier zu bewegen. Ja, ich kenne Sie.“

Der Rechtsanwalt war sprachlos und wußte nicht, was er tun sollte, ging ein paar Schritte im Gerichtssaal hin und her und fragte die Zeugin dann: „Mrs. Jones, kennen Sie den Anwalt der Verteidigung?“ Sie antwortete: „Ja, ich kenne Mr. Bradley seit er ein junger Mann war. Er ist faul, tut immer fromm, dabei hat er ein Alkoholproblem. Er kann mit niemandem einen normalen Umgang pflegen und seine Anwaltskanzlei ist die schlechteste in der ganzen Provinz. Nicht zu vergessen, er betrügt seine Frau mit drei anderen Frauen, eine davon ist Ihre. Ja ich kenne ihn.“

Daraufhin rief der Richter die beiden Anwälte zu sich an den Richtertisch und sagte leise zu ihnen: „Wenn einer von euch beiden Idioten die Frau jetzt fragt, ob sie mich kennt, schicke ich euch beide auf den elektrischen Stuhl!“

---

teilte sich in folgende Kategorien auf: 2.407 Asylwerber, 461 Asylberechtigte, 1.707 subsidiär Schutzberechtigte sowie 2.027 sonstige Fremde. Bei der Aufteilung auf die einzelnen Bezirke kam es zu einer Lastenverteilung, die etwa den 1. Bezirk bzw. die mit hohem Grünwähler-Anteil ausgestatteten Bezirke Neubau, Mariahilf und Josefstadt ausdrücklich bevorzugt. Dort sind fast keine Asylanten untergebracht.

**Grüne Bezirke bleiben von Asylantenflut verschont!**

So war nur ein einziger der 2.407 Asylwerber im 1. Wiener Gemeindebezirk untergebracht. Aber auch Neubau (21), Mariahilf (21) und Josefstadt (81) kamen glimpflich davon. Von den 461 Asylberechtigten war überhaupt kein einziger im 1. Bezirk untergebracht, zwei in Mariahilf, drei in Neubau und zwei in der Josefstadt. Von den 1.707 subsidiär Schutzberechtigten wohnt ebenfalls kein einziger im 1. Bezirk, 17 sind es in Mariahilf, 6 in Neubau und 20 in Josefstadt.

Bürgermeister Michael Häupl (SPÖ) und Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou scheinen mit dem ÖVP-geführten Innenministerium eine Abmachung zu haben, die grünen „Homelands“ zwischen Ring und Gürtel und die Innere Stadt von Asylanten weitgehend frei zu halten.

## **Kleine Anfrage**

des Abg. Holger Apfel zu politischen Prozessen im Freistaat Sachsen. Alljährlich soll anhand sehr mißverständlicher Kriminalstatistiken der Eindruck erweckt werden, daß der so genannte „Rechtsextremismus“ eine größere Bedrohung in Deutschland sei als der Extremismus von links. Doch in der medialen Berichterstattung wird regelmäßig vergessen zu erwähnen, daß sich linksextreme Delikte ausschließlich aus Gewalt gegen Personen und Sachen zusammensetzen, während der überwiegende Teil der „rechtsextremistischen“ Straftaten keine Gewalt- sondern Meinungsdelikte sind.

Da bekannt ist, daß alljährlich unzählige Bürger wegen vermeintlich falscher Meinungsäußerungen ins Gefängnis gesteckt werden und die Meinungsfreiheit nur noch auf dem Papier existiert, stellte der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel eine Kleine Anfrage (Drs. 5/11783). Darin fragte er, wie viele Verfahren es wegen der Paragraphen 86, 86a, 130 und 131 in den Jahren 2002 bis 2012 gegeben hat.

In ihrer Antwort meint die Staatsregierung darauf hinweisen zu müssen, daß es sich bei den genannten Straftatbeständen nicht um Meinungsdelikte, sondern um „abstrakte Gefährdungsdelikte, mit denen die Werbung für die Ziele verfassungsfeindlicher Organisationen verfolgt wird“, handelt. Umständlicher kann man nicht umschreiben, daß hierzulande unbequeme Meinungen unter dem Mantel des Rechtsstaats verfolgt werden. Der Antwort kann zudem entnommen werden, daß im Zeitraum von 2002 bis 2012 allein im Freistaat Sachsen 2745 Bürger vor Gericht gestellt wurden, weil sie die falsche Kleidung trugen, weil sie in der Öffentlichkeit bestimmte politische Entwicklungen kritisierten oder aber weil sie lautstark ihren Unmut über das Versagen der Herrschenden äußerten.

Die NPD-Fraktion fordert die Abschaffung sämtlicher Gesinnungsparagraphen, die die freie Meinungsäußerung einschränken sollen und somit ein wesentliches Grundrecht ad absurdum führen. Insbesondere Paragraph 130 kann die Kritik an Überfremdung und Masseneinwanderung unter Strafe stellen und bedeutet somit einen Anschlag auf die grundgesetzlich verbriefte Meinungsfreiheit. Die Paragraphen 86, 86a und 130 sind daher eines Rechtsstaats nicht würdig und müssen ersatzlos gestrichen werden.

---

---

## **Kriminelles Wien - 67jährige ins Gesicht getreten!**

Eine 67-jährige Frau ist vor ihrem Wohnhaus in Floridsdorf brutal niedergeschlagen und beraubt worden. Die Frau, die kurz zuvor Geld behob, wurde durch mehrere Fußtritte ins Gesicht schwer verletzt. Der Pensionistin fehlten nach der Attacke alle Vorderzähne. Um 09.48 Uhr wurde die Frau vor dem Haustor von hinten am Hals gepackt und zu Boden gerissen. „Die beiden Täter traten noch unzählige Male auf das Gesicht der am Boden liegenden Frau ein. Dadurch erlitt sie massive Verletzungen im Kieferbereich“, sagte Polizeisprecher Thomas Keiblinger. Nach der Attacke raubten sie die beiden Einkaufstaschen der Frau und verschwanden.

---

---

## **Heizkostenzuschuss: So unsozial sind die Linken!**

Noch in Opposition forderten die Grünen einen Rechtsanspruch auf den Heizkostenzuschuss. Vor der Gemeinderatswahl 2010 versprach die SPÖ, den Heizkostenzuschuss unter allen Umständen beizubehalten. Nachdem sich die Wahlverlierer zu einer Koalition zusammengefunden hatten, sah es anders aus: Erst wurde der Heizkostenzuschuss für Bedürftige halbiert, dann ganz gestrichen.

„Um noch mehr Geld für Privilegien, Skandale und fragwürdige Prestige-Projekte zur Verfügung zu haben, wurde herzlos Sozialabbau betrieben“, erklärt Wiens FPÖ-Klubchef und stellvertretender Bundesparteiobermann Mag. Johann Gudenus, „Sozialisten und Grüne haben sogar heute ohne jeden Genierer im Gemeinderat unseren Antrag auf Wiedereinführung des Heizkostenzuschusses und die wegen der erhöhten Lebenshaltungskosten erforderliche Erhöhung auf 300 Euro niedergestimmt.“

Sechs Millionen Euro habe die Verlierer-Koalition unbarmherzig auf dem Rücken der Bedürftigen eingespart. Gudenus: „Vergleichen Sie das mit Ihrer Verschwendungssucht in anderen Bereichen - etwa dem Fiasko Mariahilfer Straße!“ Die neue „Wiener Energieunterstützung“ sei eine Mogelpackung. „Der Kreis der Bezieher wurde damit gezielt von 60.000 auf 7.000 reduziert“, so Gudenus. Er fragt: „Glauben diese Bonzen wirklich, dass auch nur irgendwem, der Tag für Tag ums finanzielle Überleben kämpft, ein Energieberater oder ein geringer finanzieller Beitrag, um sich sündteure, aber energieeffiziente Heizgeräte, Kühlschränke oder Waschmaschinen zu kaufen, etwas bringt? Das zeugt von einer schockierenden Abgehobenheit!“

Wie wenig erfolgreich die Energieunterstützung sei, sehe man daran, dass die vorgesehenen Mittel nur zu zwei Drittel ausgenützt werden. Gudenus will sich aber nicht geschlagen geben: „In einer wirtschaftlich immer noch starken Stadt wie Wien dürfen nicht zehntausende Bürger frieren müssen. Spätestens wenn die FPÖ nach der nächsten Wahl im Jahr 2015 den Bürgermeister stellt, wird bei den Bonzen gespart, nicht bei den Armen. Dann werden wir den Heizkostenzuschuss für Bedürftige in einer der Teuerung entsprechenden Höhe wieder einführen. Im Gegensatz zu Sozialisten und Grünen können sich die Wienerinnen und Wiener auf uns verlassen!“

## KATHOLISCHES

Auf dem Programm des angeblich katholischen Bildungshauses in Puchberg, in dem auch Veranstaltungen von Eiters Antifa OÖ stattfinden, steht auf dem Programm: TriloChi - Die Kraft in dir. - Chi Yoga. - Ägyptischer Tanz und Weiblichkeit. - Bewegte Frauenkraft. - Frau Vital - ein Tag für dich! - Ab morgen trage ich Rot! - Königin und wilde Frau. - Selbst-Herrlichkeits-Training für Frauen. - Chi Yoga am Vormittag. - Spieglein, Spieglein an der Wand. - Wenn die Seele nicht satt wird. - Mit Salsa & Tangorhythmen. - Bones für Life - Feldenkrais. - Mit Feldenkrais und Tanz in die Adventzeit. - Genuß-Abend für Frauen. - Ganzheitliche Farbberatung zur Stärkung der Persönlichkeit. - Afro-Tanz. - Tango Argentino. - Atem ist Leben. - Körper- und Symptomaufstellungen. - Bewegung aus der Tiefe - authentic movement.- Eine Ballpause - Jonglieren für AnfängerInnen und Fortgeschrittene. Bildhauern in Stein. - Entdecken, was gut ist. - Tarockieren für AnfängerInnen. - Percussion - Aufbaukurse. - Gesellschaftstanz des 18. und 19. Jahrhunderts. - Flamencotanz für AnfängerInnen. - Ahnentanz. - „Coloritmo“. - Tanzen ab der Lebensmitte. - Tanzen - Schwingen - Kreise ziehen. - Dance on drums! - Tanz durch die griechische Inselwelt. - Selbstbewußt im Tango-Rhythmus in Beziehung gehen. - Percussioni Italiani. - Sommer-Sonne-Lusttänze. - Sommertanz auf Zakynthos. - Afrikanische Trommeln. - Der elfte Weg. -Zauberkunst - Einführung in die Kunst der Täuschung. - HipHop. - Raus aus dem Alltag mit Franklin. - Laufen für die Seele am Meer - Deldenkrais. - Meditative Märchentage. - Trommeln unter der italienischen Sonne. - Bio-Running. - Voice Movement Therapy. - Jazz Dance I. - Yoga für AnfängerInnen und leicht Fortgeschrittene. - Yoga & Meditation. - Kraftquelle Yoga. - Zen-Meditation. - Ikebana-Seminar. - Chinesische Tuschkmalerei. - Aus den Quellen der chinesischen Weisheit schöpfen.

**Und das alles finanziert von der Kirchensteuer.**

### Explosiver Job

Jedes Jahr kurz vor Silvester ist Hochbetrieb für Feuerwerkskörper in Bulacan auf den Philippinen. Insgesamt über 2000 Kinder arbeiten im

## Wiener Lueger-Platz soll Mandela-Platz werden

*Bürgerinitiative wünscht sich Erinnerung an den südafrikanischen Freiheitskämpfer im Stadtzentrum*

Nach Nelson Mandelas Tod könnte der Name des südafrikanischen Ex-Präsidenten bald im Wiener Stadtplan verewigt werden. Die Stadtregierung zeigte sich am Freitag offen für den Vorschlag des Dokumentations- und Kooperations-zentrum Südliches Afrika (SADOCC), eine Straße oder einen Platz nach dem Freiheitskämpfer zu benennen.

Der österreichische Anti-Apartheid-Aktivist und SADOCC-Vorsitzende Walter Sauer richtete seinen Vorschlag per Brief an Bürgermeister Michael Häupl: „Es sollte eine repräsentative Straße sein, kein Feldweg am Land“, so der Geschichtswissenschaftler. Die Sandgasse in Wien-Döbling, der Sitz der südafrikanischen Botschaft, soll in die engere Auswahl kommen.

„Ein bisschen dürftig“

„Die Sandgasse ist ein bisschen dürftig, dorthin verirrt man sich nur, wenn man einen Urlaub in Südafrika plant“, sagt Manfred Domschitz. Der Wiener ist der Kopf hinter der Initiative „Nelson-Mandela-Platz statt Karl-Lueger-Platz“. Geht es nach ihm, dann soll ein Ort im Herzen Wiens an Mandela erinnern. Weil es aber keine namenlose Orte in der Innenstadt mehr gibt, wünscht sich Domschitz die Umbenennung des Karl-Lueger-Platzes.

Lueger war von 1897 bis 1910 Wiener Bürgermeister und hat laut neuerer Geschichtsforschung nicht nur viel für das städtische Sozialwesen getan, sondern war auch Wegbereiter eines modernen Antisemitismus.

„Nelson Mandela hingegen war nahezu einzigartig in der Weltgeschichte. Gandhi hatte vielleicht noch ein ähnliches Format“, sagt Domschitz im Gespräch mit derStandard.at. Ein UNO-Standort würde besser daran tun, den zentralen Platz nach Mandela zu benennen, als nach Lueger, „den Hitler als einen der größten deutschen Bürgermeister bezeichnet hat“, so Domschitz.

dreckigen Geschäft mit den Böllern, statt zur Schule zu gehen. Doch der Job ist gefährlich, immer wieder explodiert das Schwarzpulver. Die Kinderarbeiter leiden zudem unter Asthma, Schwindel und Gewichtsverlust. Gezahlt wird wenig: Für 1000 Knaller bekommen sie umgerechnet rund 85 Cent. Nur wenig mehr als 50 Euro im Monat verdienen die Kinder.

### **Lesen Sie auch KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

**Wiener Beobachter, Folge 248** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.

Medieninhaber, Hersteller: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;

e-Post: [kontakt@wiener-beobachter.at](mailto:kontakt@wiener-beobachter.at), Internetz: [www.wiener-beobachter.at](http://www.wiener-beobachter.at).

Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und

Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \*

Verlagspostamt: 1170 Wien